

Ressort: Politik

Union will Klimakrise mit Emissionssteuer lösen

Berlin, 20.03.2019, 14:57 Uhr

GDN - Die Union setzt beim Klimaschutz nun auch auf höhere Kosten für Kohlendioxid-Ausstoß. "Wir fordern die globale Bepreisung der Treibhausgasemissionen und deren rasche Umsetzung, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten", heißt es im Entwurf des Europawahlprogramms von CDU und CSU, über den die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" in ihren Donnerstagsausgaben berichten.

"Für die Wettbewerbsfähigkeit Europas, einen effizienten und wirksamen Klimaschutz und der besseren Verbreitung von 'grünen Technologien' muss sich Europa mit Nachdruck für eine international wirksame Bepreisung von Treibhausgasemissionen einsetzen." Klar sei, dass der Ausstieg aus der Kohle- und Kernkraft nicht durch emissionsintensiven Strom aus anderen Ländern ersetzt werden dürfe. Die Union wolle die Schöpfung bewahren. Damit sei "der Kampf gegen den Klimawandel und für die Artenvielfalt zentrale Anliegen". Weiter hieß es: "Wir verfolgen diese Ziele entschlossen, mit Vernunft und Augenmaß." Einen Schwerpunkt legt die Union in ihrem Programm auch auf die Sicherheits- und Migrationspolitik. "Der Schutz der Bürger vor Kriminalität und Terror ist zentrale Aufgabe sowohl der nationalen als auch der europäischen Politik", heißt es. Angekündigt wird eine Neustrukturierung von Europol. "Aus der Europäischen Polizeibehörde Europol muss ein Europäisches FBI werden. Die operativen polizeilichen Befugnisse verbleiben selbstverständlich bei den Mitgliedsstaaten." In der Asylpolitik setzt die Union auf europäische Transitzentren: "Dort muss geprüft und entschieden werden, ob jemand schutzbedürftig ist und einreisen darf. Nicht einreiseberechtigte Personen sowie Personen ohne Asylgrund und ohne Flüchtlingsstatus müssen von dort zurückgeführt werden." Weiter heißt es: "Niemand darf ohne Berechtigung und keinesfalls ohne Papiere oder eindeutige Identitätsfeststellung einreisen." Um Sekundärmigration zu verhindern, müsse das europäische Asylrecht gemeinsame Standards für die Anerkennung von Asyl und eine EU-weite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen vorsehen: "Das betrifft unter anderem Verfahren, Unterbringung und Versorgung." Die europäische Grenzschutzagentur Frontex solle mindestens 10.000 zusätzliche Grenzschützer bekommen. Die Einsetzung eines europäischen Finanzministers lehnen CDU und CSU ebenso ab wie eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung. Den Mitgliedstaaten müsse "so viel Eigenständigkeit und Eigenverantwortung wie möglich zugestanden werden - vor allem in der Haushalts- und Finanzpolitik". Eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung "würde zu dauerhaften Transferzahlungen innerhalb der EU führen und Anreize mindern, strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen". Für Start-ups wird ein Europäischer Zukunftsfonds angekündigt. In der Sozialpolitik widmet sich die Union dem Punkt Kindergeld: "Missbräuchlichen Kindergeldtransfer ins Ausland werden wir beenden. Zudem wollen wir, dass das Kindergeld für Eltern aus anderen Mitgliedsstaaten der EU auf dem Niveau des Landes gezahlt wird, in dem ihre Kinder leben".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-121945/union-will-klimakrise-mit-emissionssteuer-loesen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com